

Folge 54 Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung

Thema: Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, über notwendige Gaseinsparungen in diesem Winter, langfristige Strategien und Versorgungssicherheit als gesamteuropäische Aufgabe

[Sven Siebert, Moderator] Reicht das Gas? Brechen die Stromnetze zusammen? Was ist passiert, was muss passieren, damit wir gut über den Winter kommen? Diese Fragen bespreche ich heute mit Klaus Müller, dem Chef der Bundesnetzagentur.

[Musik]

„Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung.

[Siebert] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen“, dem Podcast der Bundesregierung. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute begrüße ich Klaus Müller, den Präsidenten der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn. Hallo, Herr Müller.

[Müller] Seien Sie begrüßt! Schöne Grüße aus Bonn.

[Siebert] Herr Müller, gucken Sie eigentlich im Moment dauernd in den Wetterbericht? Studieren Sie in diesen Wochen die Langfristprognosen des Deutschen Wetterdienstes?

[Müller] Aber ja! Mehrfach täglich sogar, weil eine Erkenntnis, zeigen uns die Erfahrungen der letzten Jahre: Der Gasverbrauch und damit verbunden die Frage, ob wir Probleme kriegen oder nicht, hängt maßgeblich mit dem Wetter und damit unserem Heizverhalten zusammen.

[Siebert] Ja. Nun ändern sich ja – jedenfalls ist es ja nicht so gedacht – die Langfristprognosen des Deutschen Wetterdienstes ändern sich ja jetzt nicht täglich oder nicht stündlich, oder?

[Müller] Nein, das ist richtig. Und erst mal die positive Botschaft: Bis in den Februar hinein geht der DWD von einem milden Winter aus. Und das würde die Bundesnetzagentur, das würde uns alle mit Blick auf die Versorgungssicherheit mit Gas sehr freuen. Aber natürlich schwankt das Wetter mal und die Frage „Wie geht es unseren Gasverbräuchen, den Gasspeichern?“ – das hängt natürlich davon ab, wie kalt es morgen und übermorgen wird.

[Siebert] Sie haben ja lange [...] vor einer Gasmangellage [gewarnt]. Würden Sie sagen, jetzt, nicht nur mit Blick auf das Wetter, sondern auch auf die anderen Faktoren, sind Sie optimistisch, dass die Energie, dass das Gas über den Winter reicht?

[Müller] Also, ich würde mal so sagen: Deutschland ist dank kluger Entscheidungen und auch mancher harter Anstrengungen inzwischen deutlich besser vorbereitet, als wir, als ich das im Sommer noch gedacht habe. Und das ist alles nicht vom Himmel gefallen. Die Bundesregierung hat in Gaseinspeicherung investiert. Wir sind sehr gut davor, was die LNG-Terminals, also die Flüssiggasterminals an Nord- und Ostsee angeht. Und ein großes Dankeschön an die Industrie, an die privaten Haushalte. Wir sparen auch dank des guten Wetters deutlich mehr Gas ein und das hilft uns gerade allen.

[Siebert] Auf wen kommt es beim Sparen denn eigentlich am meisten an? Auf die privaten Haushalte oder auf die Industrie?

[Müller] Auf jede und jeden. Über das ganze Jahr hinweg, kann man sagen, nutzt die Industrie etwas mehr Gas, als es zumindest in der Vergangenheit die privaten Haushalte getan haben. Aber im Winter dreht sich das [...] um und auf die Wintermonate kommt es jetzt gerade an. Da ist die Frage, ob jeder morgens in seinem Familienkreis mit den Menschen, mit denen er zusammenlebt, diskutiert: „Kann die Heizung noch aus bleiben, muss sie voll aufgedreht werden? Wie viele Zimmer müssen geheizt werden?“ Das ist nicht ganz irrelevant, auch für die CO₂-Bilanz, aber vor allem natürlich für die Frage des eigenen Portemonnaies und für die Frage „Wie viel Gas wird Deutschland in diesem Winter verbrauchen?“.

[Siebert] Wie kommt es denn, dass der Gasverbrauch in der Industrie schon so deutlich gesunken ist? Das könnte ja schlechtestenfalls auch daran liegen, dass einfach weniger produziert wird, dass die Firmen nicht mehr so laufen wie bisher?

[Müller] Und für einzelne Unternehmen in bestimmten Branchen gilt das auch. Und, das muss man deutlich aussprechen, das ist bitter. Das ist bitter für die Unternehmen, für die Arbeitsplätze, für die Wertschöpfung, die dort entstanden ist. Das ist in einigen Unternehmen so nicht mehr erfolgt. Aber es ist eben auch so, dass die Politik die Weichen gestellt hat für den sogenannten Brennstoffwechsel, den Fuel Switch, wie das immer so schön hieß. Da geht es um emissionschutzrechtliche Fragen. Es heißt, da wird Gas zum Beispiel durch Öl ersetzt. Das ist ökologisch nicht schön, es ist auch nicht gut, aber es gab in der aktuellen Situation kaum Alternativen. Und es gibt auch die Unternehmen, die zumindest der Bundesnetzagentur stolz berichten, dass sie durch Technologien, durch Wärmepumpen einfach Gas ersetzen. Und das ist natürlich in jeglicher Hinsicht positiv.

[Siebert] Sie persönlich, sparen Sie auch? Sitzen Sie in einer kalten Bude?

[Müller] Die Bundesnetzagentur hält sich natürlich wie alle Bundesbehörden an die 19 Grad. Und das hat dazu geführt, dass ich mir erst mal einen neuen Satz [...] Pullover gekauft habe. Also, im Hemd sitzt hier kaum noch einer.

[Siebert] Viele Menschen heizen und kochen ja aber gar nicht mit Gas. Müssen die auch sparen?

[Müller] Also, wenn wir [...] auf die Preisentwicklung gucken, dann ist natürlich auch der Strompreis deutlich gestiegen.

[Siebert] Weil alles miteinander zusammenhängt.

[Müller] Weil es natürlich hier Zusammenhänge miteinander gibt, gar keine Frage. Und insofern ist die preisliche Dimension, die ich jetzt mal von der Frage der Versorgungssicherheit trennen möchte, eine, die natürlich praktisch alle Haushalte belastet. Und es hat natürlich auch indirekte Effekte [...] für andere Energieträger [gegeben]. Das können Holzpellets, das kann Öl gewesen sein. Alle sind in Mitleidenschaft gezogen worden von den dramatischen Gaspreissteigerungen, die wir hatten. An den Spotmärkten, also da, wo Unternehmen tagesaktuell einkaufen können, sehen wir zwar inzwischen eine deutliche Entlastung, die kommt aber natürlich noch lange nicht bei den privaten Haushalten an.

[Siebert] Worauf kommt es denn an, dass das mit dem Sparen auch wirklich klappt? Woran müssen die Menschen denken?

[Müller] Also, das sind all die Tipps, die die Verbraucherzentralen, die Stiftung Warentest, viele lokale Medien, auch die Bundesregierung schon tagtäglich kommunizieren. Also, das Wichtigste ist die Frage: Wie stark heize ich? Drehe ich die Heizung voll auf? Vielleicht reicht ja auch Stufe zwei oder drei. Vielleicht gibt es einfach die warmen Tage, wo ich die Heizung auch noch ganz aus lassen oder wieder ausdrehen kann. Müssen wirklich alle Heizungen geheizt sein? Es lohnt sich der Check im Keller, auf dem Dachboden, wenn ich ein Haus habe, oder vielleicht [...] das Zimmer, [das] ich nicht regelmäßig nutze. Das ist sozusagen der eine Punkt. Der zweite Punkt ist Warmwasser. Da weiß jede und jeder, wann er welches verbraucht. Das wird häufig auch mit Gas erzeugt. Und das sind natürlich die Entscheidungen, die jeder von uns tagtäglich trifft. Wie gesagt: Klimaschutz, Geldbeutel und Gasverbrauch – alles geht in die gleiche Richtung. Je weniger Gas wir verbrauchen, desto besser.

[Siebert] Würden Sie sagen, da gibt es noch irgendwie einen Informationsbedarf? Sind da alle schon auf dem Stand?

[Müller] Ich habe ja 16 Jahre Verbraucherschutz hinter mir und aus dieser Erfahrung weiß ich: [Leider hören] die wenigsten Menschen [...] den Podcast der Bundesregierung, die wenigsten lesen „FAZ“, „Handelsblatt“, die „taz“ und noch weniger wahrscheinlich die Zeitungen von Stiftung Warentest oder

andere Verbrauchermagazine. Das heißt, wichtig ist, über eine Zielgruppeninformation nachzudenken. Es gibt Menschen, die informieren sich einfach nur noch im Internet und das sind manche Formate, die man als mittelalter Mann vielleicht gar nicht mehr so kennt. Da muss man eben nachfragen: „Was sind die Medien, die vielleicht auch junge Menschen konsumieren?“ Wir haben Menschen, die einen anderen kulturellen, vielleicht einen Migrationshintergrund haben. Die informieren sich noch mal auf andere Weise. Und natürlich gibt es auch Menschen, die misstrauen einfach. Die misstrauen der Politik, der Wissenschaft. Und die erreiche ich wahrscheinlich nur über den Geldbeutel.

[Siebert] Oder die sagen: „Das geht mich alles nichts an, lasst mich in Ruhe mit eurem Kram.“

[Müller] Die gibt es natürlich auch, aber ich mache die Erfahrung: Spätestens wenn die Rechnung im Briefkasten liegt, dann steigt noch mal das Interesse an der Stelle. Das darf natürlich sozial nicht unausgewogen sein. Darum hat ja die Bundesregierung auch das Thema der Preisbremsen auf den Weg gebracht. Aber richtig ist: Man muss den Menschen erklären, [dass] wir [...] dem nicht hilflos ausgeliefert [sind]. Durch das eigene Handeln kann und – ich bitte darum – muss auch jeder etwas beitragen.

[Siebert] Um noch mal auf Ihren Vorschlag von eben zurückzukommen: Das würde ja bedeuten „Weniger heizen mit TikTok“.

[Müller] Natürlich! Und nehmen Sie noch Snapchat und YouTube – ich habe zwei Töchter, insofern kann ich ein wenig mitreden – nehmen Sie alle diese Medien mit dazu. Und es gibt einfach Menschen, die gar keine Zeitung lesen, gar kein Radio mehr hören und auch im Fernsehen interessante Sehgewohnheiten haben. Vielleicht wäre zumindest für übernächsten Winter auch eine Netflix- oder Amazon-Prime-Serie wichtig, wo vielleicht Protagonisten nicht nur über Liebe, Krieg oder Frieden reden, sondern auch über die Frage des Heizens und des Energieverbrauchs.

[Siebert] Wir haben jetzt monatelang auf die Füllstände der Gasspeicher geguckt. Die liegen jetzt bei 100 Prozent, aber das heißt ja nicht, dass die Versorgung zu 100 Prozent gesichert ist. Wiegt uns das vielleicht in falsche Sicherheit? Ist das ein falsches Signal, wenn wir jetzt sagen: „100 Prozent erreicht!“?

[Müller] Erst mal ist das ja ein Fakt und auch ein großer Erfolg. Ich will mir nicht ausmalen, was wäre, wenn wir jetzt noch bei 60, 70, 80 Prozent dümpeln würden. Dann wären die Preise nicht so gefallen. Dann könnte [auch nicht] das ein oder andere Industrieunternehmen etwas ruhiger produzieren. Und auch bei den privaten Haushalten gäbe es mehr Stress. Richtig ist aber auch: Die Gasspeicher bringen, selbst wenn es zum Beispiel gar keine Gaslieferungen aus unseren Nachbarländern über die sogenannte Flüssiggasterminals mehr gäbe – die bringen uns nicht durch den ganzen Winter. Rein rechnerisch, in einem durchschnittlichen Winter, [würden] wir neun bis zehn Wochen [...] damit auskommen. Ein normaler deutscher Winter, der dauert nun mal länger an der Stelle. Darum sind die Gasspeicher ein ganz wichtiger Sicherheitspuffer. Sie würden uns auch in bestimmten Krisensituationen sehr, sehr helfen. Sie dämpfen die Preise, sie helfen den Stadtwerken und Energieversorgern, ihren Auftrag zu erfüllen. Aber sie dürfen nicht täuschen: Die [...] mindestens Minus-20-Prozent-Einsparungen, die gelten auch weiterhin, damit wir nicht in eine Gasmangellage kommen.

[Siebert] Wenn man jetzt das zugrunde legt, was jetzt tatsächlich [...] aus unserem benachbarten Ausland an uns geliefert wird, rechnen Sie dann trotzdem damit, dass am Ende des Winters die Speicher eigentlich leer sind?

[Müller] Das darf uns nicht passieren, weil es mindestens einen zweiten Winter gibt, [wobei] die Bundesnetzagentur, Stand heute, davon ausgeht, [dass] [...] das [auch] noch ein sehr angespannter Winter werden [kann]. Und auch die Bundesregierung hat ja all ihre Rettungsmaßnahmen bis in das Jahr 2024 konzipiert. Und darum gibt es einmal im Gesetz eine sogenannte Haltelinie. Also: Wir sind angehalten, zum 1. Februar noch 40 Prozent in den Gasspeichern zu haben. Dann kann noch ein kalter Februar kommen. Das kann man heute noch nicht genau abschätzen. Aber für die Bundesnetzagentur ist klar: Wir haben mindestens zwei Winter im Blick und darum ist das absolute Ausspeichern aus den Gasspeichern in den nächsten Monaten für uns keine gute Option.

[Siebert] Wenn jetzt im Februar unerwarteterweise eine scharfe Frostperiode kommt und wir Schlittschuh laufen gehen, statt [...] im Straßencafé zu sitzen und das Gas reicht erkennbar irgendwann nicht mehr, was passiert dann? Was können Sie dann machen? Was müssten wir dann tun?

[Müller] Genau. Also, erst mal, wenn das absehbar ist, dann wird das Indikatorenset, [das] die Bundesnetzagentur im Laufe des Novembers veröffentlichen wird, [...] das vorher anzeigen. Also, wir wollen der Bundesregierung, aber auch der Öffentlichkeit, allen Menschen, die täglich Entscheidungen treffen, ein Indiz geben dafür, wie weit weg oder wie nah eine Mangellage, so heißt das dann, tatsächlich momentan ist. Und wenn sich das durch eine Kombination aus, vielleicht, Wetterereignissen, wer weiß wie die Situation in unseren Nachbarländern ist, und, und, und – wenn sich das abzeichnen sollte, wollen wir das natürlich nutzen, damit die Menschen vielleicht dann doch noch mal etwas mehr sparen. Wir rechnen auch mit Preiseffekten in der Situation. Wir haben gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium und THE – das ist der Marktgebietsverantwortliche Deutschlands für die Gasversorgung – [...] ein sogenanntes Regelenergieprodukt auf den Weg gebracht, also letzte marktbasierende Instrumente, um eine sogenannte Gasmangellage zu vermeiden. Aber wenn das alles nicht hilft, wenn sie sich abzeichnet, dann muss erst mal die Bundesregierung eine Entscheidung treffen. Das kann nicht die Bundesnetzagentur von sich heraus entscheiden. Aber auch der [Bundeskanzler] würde nicht alleine über eine Gasmangellage entscheiden. Das muss das gesamte Bundeskabinett tun. Und wenn jetzt all diese Voraussetzungen erfüllt sind, bedeutet es ja, dass der Markt mit all seinen Mechanismen nicht mehr in der Lage ist, für genügend Gasversorgung bei einer entsprechenden Nachfrage zu sorgen. Und dann gibt es ein Drohszenario, nämlich dass der Gasdruck zu stark abfällt. Das würde vielleicht bei Ihrer oder meiner Gasheizung dazu führen, dass ein Sicherheitsventil rausspringt. Das müsste nachher händisch wieder [...] instand gesetzt werden. Das wollen wir alles nicht erleben. Und das ist der Moment, wo dann die Bundesnetzagentur präventiv sagen muss: „Wir reduzieren die Gasverbräuche.“ Und das können wir auf den verschiedenen Instrumenten tun. Wir können [...] die schon erwähnten Gasspeicher nutzen, um noch möglichst viel Gas für die Übergangszeit zu nutzen, damit die Unternehmen sich auf so eine Situation einstellen können. Das bemisst sich aber eher in wenigen Tagen. Dann sind wir befugt und gemäß dem europäischen Recht in der Lage, die sogenannten nichtgeschützten Kundengruppen – das sind dann vor allem Unternehmen – mit einer prozentualen Kürzung zu versehen. Das müssten sie einsparen. Und darauf hat sich jetzt die Bundesnetzagentur lange vorbereitet: Was muss dabei berücksichtigt werden? Über welche Branchen reden wir? Welche Konsequenzen hätte das? Und wenn sogar dieser Schritt nicht ausreicht, dann haben wir [inzwischen] eine digitale IT-Sicherheitsplattform Gas [...] aufgebaut, wo wir bei den zweieinhalbtausend größten industriellen [Gasverbrauchern] Daten abgefragt haben, mit denen wir inzwischen digital kommunizieren können und wo wir dann noch eine weitergehende Kürzung aussprechen müssten, um wiederum ein Gasnetz in Balance, in Stabilität zu bringen. Und das sind die Instrumentarien, die wir haben. Umgekehrt gilt: Die geschützten Kundengruppen, Sie zu Hause, Krankenhäuser, Pflegeheime, Universitäten, Schulen, Kasernen, die wären unter einem besonderen Schutzregime. Und das gilt auch für den lebenswichtigen Bedarf, wenn Unternehmen ihn produzieren.

[Siebert] Mit Blick auf den Kunden – Sie erwähnten ja schon, dass Sie lange Jahre Vorstand des Bundesverbands der Verbraucherzentralen waren: Funktioniert das mit den Preisbremsen, die jetzt auf den Weg gebracht wurden? Bleibt Energie bezahlbar, auch in einer sich möglicherweise weiter verschärfenden Lage?

[Müller] Das ist womöglich eine Frage, die Menschen, aber auch Unternehmen sehr unterschiedlich beantworten werden. Wir wissen, dass Menschen, die ein hohes Einkommen haben, viel Gas, Energie verbrauchen, natürlich mit so einer Situation leichter umgehen können, als wenn es bei mir knapp ist und wenn ich zu denjenigen gehöre, die eben kein hohes Einkommen, kein hohes Vermögen haben. Darum hat die Bundesregierung mit den Gas- und Strompreisbremsen nach einem langen Diskurs mit der sogenannten „Expertenkommission Gas und Wärme“ ja einen Mechanismus entwickelt, der nicht die gesamte Rechnung übernimmt. Also, das Signal ist nicht: Die Bundesregierung zahlt meine Strom- und Gasrechnung. Das tut sie nur anteilig, nämlich für 80 Prozent und das gemessen an meinen Vorjahresverbräuchen. Das heißt, auch hier findet man die 20 Prozent Einsparung gedanklich wieder. Aber jemand, der natürlich hier sagt: „Ich schaffe es, tatsächlich deutlich weniger Gas zu verbrauchen als in den Vorjahren“, der kann etwas sparen. Trotzdem bleiben natürlich die Kosten deutlich höher als das, was wir

vor dem russischen Angriffskrieg erlebt haben. Also, der Sparanreiz ist nach wie vor da. Es gilt für alle, trotz der Bremsen sparsam mit Strom und Gas umzugehen.

[Siebert] Sie sagten es schon, und ich will Ihnen jetzt nicht mit Sepp Herberger kommen, aber: Nach dem Winter ist vor dem Winter. Was muss denn noch passieren, dass es auch im nächsten Winter, also 23/24, und in den folgenden Jahren gutgeht?

[Müller] Also, erst mal gilt das Gleiche, was für diesen Winter galt: Wir müssen Gas einsparen, wir müssen die Speicher wiederum neu gut befüllt haben, in Deutschland wie auch in unseren Nachbarländern. Und wir werden weiter unsere Gasquellen diversifizieren. In diesem Sommer haben wir ja auch noch teilweise russisches Gas bekommen, was auch ein großes moralisches Dilemma war, und das wird ja im nächsten Jahr nicht mehr der Fall sein. Das heißt, wir müssen gucken, dass wir aus anderen Quellen, zum Beispiel [...] Flüssiggas, [das] ökologisch durchaus ambivalent ist, um es freundlich zu formulieren, aus unseren Nachbarländern [...] bekommen.

[Siebert] Das ist ökologisch ambivalent, weil es zum Teil auf ökologisch nicht so verträgliche Weise gewonnen wird?

[Müller] Wir reden hier von Fracking Gas, muss man deutlich sagen und das ist je nach Technologie, die angewandt wird, eine Technologie, die von vielen Menschen abgelehnt oder kritisch gesehen wird, die auch teilweise in den Ländern hoch kontrovers diskutiert wird. Denken Sie an Kanada zum Beispiel. Aber noch mal: In dieser Situation, die ja eine Notlage ist, die durch den russischen Angriffskrieg ja auch indirekt selbst auf Deutschland wirkt, da gibt es erst mal kurzfristig keine guten Alternativen. Aber, und das war mein zweiter Punkt, wir dürfen natürlich trotzdem das Übermorgen nicht aus den Augen verlieren. Und das bedeutet, dass die Bundesregierung, aber auch viele Unternehmen, viele Wissenschaftler, viele Umweltverbände zurecht darauf hinweisen: Lasst uns auf Solarthermie, auf Wärmepumpen setzen; also auf Energieerzeugungsarten, mit denen es uns [...] gelingt, [auf] regenerative Wärme in dem Fall oder natürlich gleichfalls mit Solar- und Windenergie auf regenerativen Strom zu setzen. Lasst uns in Technologien investieren, mit denen wir weniger Energie und Strom verbrauchen. Das betrifft sowohl die Industrie [als] auch private Haushalte. Und insofern ist es ganz wichtig, diese Situation auch so zu meistern, dass wir einerseits die Notmaßnahmen auf den Weg bringen, aber andererseits Deutschland insgesamt auf den Weg der Klimaneutralität setzen. Und das gelingt nur durch neue Technologien, durch andere Verhaltensweisen und dadurch, dass wir insgesamt weniger Energie verbrauchen.

[Siebert] Würden Sie denn sagen, die Vorbereitung auf den Winter 23/24 und dann der Winter selbst ist eine schwierigere Lage als in diesem Winter oder wird es im Laufe des nächsten Jahres besser?

[Müller] Wahrscheinlich ist [meine Antwort] genauso zuverlässig [...] wie ...

[Siebert] ... wie die Langfristwetterprognose.

[Müller] Vollkommen richtig! [Denn] es gibt zwei Lesarten. Es gibt die eine Lesart, die sagt: Wir werden ja in diesem Winter schon Erfahrungen gesammelt haben. Wir werden gesehen haben, dass wir mit weniger Gasverbrauch auskommen. Unternehmen haben in Technologien investiert, die dann auch im übernächsten Winter helfen. Also, man kann sagen, es gibt einen Basiseffekt und der nützt uns auch im zweiten Winter. Die andere Lesart ist: Man ist natürlich müde nach dem ersten Winter. Man hat da auf Dinge verzichtet, man hat vielleicht nicht so geheizt, wie es [für das eigene] Wohlbefinden oder auch [für den] Gesundheitszustand, vielleicht von älteren Familienmitgliedern [...] notwendig gewesen wäre. Und man will jetzt nicht auch noch einen zweiten Winter diese Entbehrungen auf sich nehmen. Vielleicht sind auch finanzielle Reserven schon erschöpft, die man im ersten Winter gebraucht hat, um sich das notwendige Gas zu leisten. Man hat womöglich diese finanziellen Möglichkeiten im übernächsten Winter nicht mehr. Das würde den zweiten Winter zu dem schwereren Winter machen. Und insofern glaube ich, zur Ehrlichkeit gehört: Heute weiß das noch keiner.

[Siebert] Sie haben ja selbst schon mal die Parallele zum Verhalten der Menschen in der Corona-Krise gezogen, dass es auch zu dem Effekt kommt „Ich habe einfach keinen Bock mehr auf den Kram“, dass das eben auch seinen Einfluss hat.

[Müller] Vollkommen richtig. Und wir sehen ja auch, dass manche Maßnahmen, zum Beispiel auch das Verhältnis zu Russland, generell zum Energieeinsparen in Teilen der Bevölkerung sehr, sehr kontrovers diskutiert wird. Und darum ist meine Bitte oder mein Appell an die Politik, auch jetzt schon über Maßnahmen nachzudenken, die wir im Winter 23/24 brauchen; zum Beispiel auch Anreizsysteme, sehr gezielte Entlastungen. [Denn] eine Kritik an der aktuellen Politik ist ja: Sie agiert unter einer wahnsinnigen Geschwindigkeit und einem enormen Zeitdruck, was jetzt gerade auch notwendig ist. Da ist nicht jede Entlastungsmaßnahme sozial perfekt. Aber die Chance ist natürlich, jetzt die Dinge vorzubereiten, die ich für den übernächsten Winter brauche. Wenn man sich damit jetzt beschäftigt und das nicht noch ein Jahr aufschiebt, dann [können] womöglich die Anreizstrukturen, die Entlastungsstrukturen, die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte im übernächsten Winter auf eine noch größere Akzeptanz stoßen. Aber ich muss mich jetzt darum kümmern und darf es nicht auf die lange Bank schieben.

[Siebert] Sehen Sie denn diesen Modernisierungsschub, also beispielsweise in der privaten Industrie? Und ist das mit Blick auf den Klimaschutz – Sie waren ja nicht nur Verbraucherschützer, sondern auch mal Umweltminister in Schleswig-Holstein – auch ein positiver Effekt, den diese Krise haben könnte?

[Müller] Also, ich merke, dass angesichts des Leides, was Russland über die Ukraine bringt, wo ja auch auf beiden Seiten Menschen sterben, [...] das Wort Chance eins [ist, das] mir nur schwer über die Lippen gehen würde. Aber richtig ist natürlich: Man kann aus so einer Krise lernen und man muss aus so einer Krise lernen. Und dazu gehört, dass, erstens, Europa zusammenrückt. Wir sehen, dass wir ganz viele Maßnahmen nur gemeinsam als Europäerinnen und Europäer bewältigen können und dass eben auch Solidaritätsmaßnahmen, also einander auszuhelfen, in so einer Krise natürlich noch mal wichtiger sind; sei es gegenüber der Ukraine, aber sei es [auch] zwischen europäischen Ländern. Wir sehen, dass technologisch einiges möglich ist. Die Geschwindigkeit, mit der wir jetzt Flüssiggasterminals an Nord- und Ostsee aufbauen, die wünsche ich mir beim Ausbau erneuerbarer Energien, beim Netzausbau. Es zeigt, was möglich ist, wenn man das will. Und ich glaube, manche Widerstände, die es gegen die Energiewende gegeben hat, die sind hoffentlich [mit] Blick auf die aktuelle Situation, in der wir sind, vielleicht hinfällig geworden. Oder vielleicht können manche Menschen oder auch Akteure über ihren Schatten springen und sagen: „Ja, Windkraftanlagen, auch in meiner Gemeinde, in meinem Landkreis! Die machen uns unabhängiger. Die können uns auch auf Dauer günstigeren Strom bringen. Und die helfen meinem Unternehmen, meinen Verbrauchern und meinen Bürgerinnen und Bürgern.“ Also, ich glaube, da gibt es Möglichkeiten und diese Möglichkeiten, diese Lerneffekte, die müssen wir jetzt nutzen.

[Siebert] Hilft das auch der energieintensiven Industrie? Also, ich denke jetzt an Glas, Stahl, Papier.

[Müller] Aber natürlich! Mir schreiben Unternehmen, dass sie eben ihre gasbetriebenen Wannen für Keramik und Glas [auf Strom] umgestellt haben [...]. Das ist aktuell dann häufig doch noch Strom aus Kohlekraftwerken oder Ölkraftwerken. Aber mir schreibt praktisch jedes Unternehmen: Sie wissen, [dass es] viel besser wäre [...], wenn es [...] erneuerbarer Strom ist. Weil ich natürlich sehe, dass zu konkurrenzlos günstigen Preisen [aus] Wind onshore, demnächst offshore Strom hergestellt werden kann. Da bin ich nicht abhängig von Kohlebeschaffungsstrategien, von Uranbeschaffungsstrategien oder ähnlichem, was im fossilen Bereich natürlich ein Problem ist und bleibt. Aber dafür brauche ich die Netze. Dafür brauche ich die Windkraftanlagen. Dafür brauche ich Solaranlagen auf den Dächern. Nichts davon fällt vom Himmel. Alles ist die Konsequenz von politischen Entscheidungen, von Investitionsentscheidungen, von mutigen Menschen und Unternehmen, die in Erneuerbare und in Netze investieren. Und wir als Bundesnetzagentur können und müssen alles dafür tun, dass das schneller, einfacher und besser möglich wird.

[Siebert] Jetzt sind wir schon ganz stark in Richtung Strom gerutscht in unserem Gespräch. Wie sieht es denn da aus im kommenden Winter und im übernächsten Winter mit der Versorgungssicherheit und der Netzstabilität?

[Müller] Dazu hat ja die Bundesregierung sogar einen verschärften Stresstest auf den Weg gebracht. Und das war ja auch die Grundlage dann für schwierige politische Diskussionen. Das Ergebnis ist bekannt. Der Kanzler hat eine Richtlinienentscheidung getroffen. Mit Blick auf die Frage „Hat Deutschland genug Strom?“. Ich glaube, das kann man etwas entspannter angehen. Da müssen wir auf die Situation unserer französischen Nachbarn gucken. Das müssen wir eng im Blick haben. Mit Blick auf die Netzstabilität, was eine etwas andere Frage ist, da haben wir tatsächlich einige, ich sage mal, Sünden der Vergangenheit in den Blick zu nehmen. Strom verteilt sich über Deutschland noch nicht so gut, wie das nötig und wie es vor allem auch kostengünstiger wäre.

[Siebert] Und wie wir es auch in Zukunft bräuchten.

[Müller] Absolut. Da sind die Fehler der Vergangenheit noch sehr, sehr teuer und zwar milliardenschwer teuer. Und all das bedeutet: Um die Versorgungssicherheit so optimal und preisgünstig wie irgendwie möglich zu gestalten, brauchen wir [...] einen Netzausbau. Auch das denken wir europäisch. Auch das denken wir mit Blick auf die Energiewende. Auch da haben vielleicht viele in den letzten Monaten dazugelernt, warum es einfach richtig und wichtig ist, diesen Netzausbau zu betreiben.

[Siebert] Können wir im Zweifelsfall auch Nachbarn mitversorgen oder sind wir eigentlich immer noch eher auf die Hilfe unserer Nachbarn angewiesen?

[Müller] Nein. Schon jetzt versorgt Deutschland in der schwierigen Situation, in der viele französische Atomkraftwerke sind, Frankreich mit Strom. Das war auch schon mal anders. Umgekehrt: Seit einigen Wochen bekommt Deutschland inzwischen Gas aus Frankreich. Auch das war jahrelang umgekehrt. Das ganze Thema Gas, Strom, Energiewende, Versorgungssicherheit lässt sich nicht national denken. Das ist ein vollkommen zu kurz gegriffener Blick und wird dem Problem nicht gerecht. Und darum ist es gut, dass die Bundesregierung, aber auch Regulierungsbehörden, dass Unternehmen es quer durch Europa denken. Nur da werden die Lösungen liegen, wenn wir wirklich unabhängig, versorgungssicher und klimaneutral werden wollen.

[Siebert] Die ganze Misere, die ganze Krise beginnt ja mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Was bedeuten denn jetzt die Kriegsschäden an der Energieinfrastruktur in der Ukraine für die europäischen Netze und möglicherweise für Anforderungen an uns, was die Stromproduktion angeht?

[Müller] Also, es bedeutet, dass wir die Ukraine auch morgen und übermorgen nicht im Stich lassen können. Es bedeutet, dass wir uns Gedanken machen: Wie kann auch die Ukraine mit Energie versorgt werden? Was kann dort verantwortungsbewusst, aber eben auch im Sinne der Solidarität geleistet werden? Keiner weiß, oder ich kann es zumindest nicht vorhersagen, wie lange dieser Krieg dauern wird und wie sich das alles entwickelt. Aber klar ist: Wir wollen und wir müssen solidarisch mit der Ukraine sein. Und das betrifft [...] auch die Frage der Energieversorgung.

[Siebert] Vielen Dank. Das war Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur. Vielen Dank für das interessante Gespräch.

[Müller] Ich danke Ihnen, Herrn Siebert. Vielen Dank.

[Siebert] Demnächst geht es hier weiter mit weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung. Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.